

der Länder auf eine spätere Zeit zurückgestellt werden mußten. So wird es also der Anstrengungen aller Verantwortlichen in Wirtschaft und Verwaltung bedürfen, um die Erfüllung der Einnahmeposten zu gewährleisten und die notwendigen, im Gesetz festgelegten Einsparungen bei den Ausgaben durchzuführen. Die Erfüllung des Planes der Reingewinne muß für uns alle ein unumstößliches Gesetz sein. Durch Verringerung der Produktionsspesen und durch Senkung der Gesteungskosten der Erzeugnisse wird diese Erfüllung ermöglicht. In dieser Beziehung sind durch die Entwicklung und Entfaltung der Initiative der Werktätigen die notwendigen Grundlagen gegeben, und zwar auf der Basis moderner technischer Mittel und besserer Organisationsmethoden in der Produktion, weiterhin auf der Basis der Ausnutzung aller Mittel zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und, meine Damen und Herren, des unerbittlichen Kampfes gegen jegliche Art von Mißwirtschaft. Denn es ist so: Es wird heute noch nicht von unseren verantwortlichen Menschen in Wirtschaft und Verwaltung der Grundsatz voll anerkannt, mit der Verschwendung und der Sorglosigkeit Schluß zu machen. Noch immer gibt es — und das sei offen gesagt — nicht wenige Fälle, die von einem Mangel an wirklichem Staatsbewußtsein und von einer Verantwortungslosigkeit gegenüber dem Volksgut zeugen.

(Sehr richtig!)

Die fehlende Ausnutzung aller materiellen Hilfsquellen, die Duldung von Rohstoffvergeudung sind nur einige der vielen Beispiele. Noch immer wird zuwenig Aufmerksamkeit und Kontrolle den wirtschaftlichen und finanziellen Planzielen und ihren Ergebnissen gewidmet, und sehr oft fehlt noch der unbedingte, ehrliche Wille, den Rentabilitätsplan und den Plan für die Reingewinne zu erfüllen.

Meine Damen und Herren! Auf die Senkung der Gesteungskosten der Erzeugnisse, auf die Hebung der Rentabilität bei gleichzeitiger und stetiger Hebung der Qualität muß unsere gesamte Aufmerksamkeit gerichtet sein, wobei die Frage des Wettbewerbes eine entscheidende Rolle spielt. Die im Volkswirtschaftsplan der Wiederherstellung und Weiterentwicklung unserer Friedenswirtschaft für das Jahr 1950 enthaltenen verantwortungsvollen Aufgaben stellen an alle Angestellten der Finanzverwaltung und Banken, an die Leiter der volkseigenen Betriebe, an die Verwaltung, aber auch an die antifaschistisch-demokratischen Parteien sowie die demokratischen Organisationen große Verpflichtungen hinsichtlich der Wahrung der Finanzdisziplin.

Das Wachsen des Produktionsumfanges im Jahre 1950, die wachsenden Gewinne der volkseigenen Industrie einerseits, die Steigerung des Warenumsatzes sowie die Steigerung der Lohnsumme der Werktätigen um 10 Prozent gegenüber 1949 andererseits schaffen die Voraussetzungen für die Vergrößerung der Haushaltseinnahmen, wie sie für das Jahr 1950 vorgesehen sind.

In der Tätigkeit der Finanzorgane der Republik und der Länder im vergangenen Jahre sind ernste Mängel festzustellen. Haushaltüberschreitungen, ungenügende Maßnahmen zur Liquidierung der Steuerrückstände, mangelhafte Überprüfung der Betriebe auf Verheimlichung steuerpflichtiger Umsätze sind festzustellen. Ein besonderes Kapitel — und das berührte bereits der Herr Finanzminister — ist die unglaubliche Nachlässigkeit, ja, man möchte sagen: das unglaubliche Verschwenden von Staatsgeldern, auch in den Nachlässen bei Preisstrafen für Wirtschaftsschiebungen im Lande Sachsen, aber auch teilweise im Lande Thüringen. Meine Damen und Herren, aus diesen Tatsachen gilt es die Lehren zu ziehen. Daß wir hierüber so offen sprechen können, ja sogar müssen, liegt eben in dieser

neuen Stellung der Finanzpolitik, liegt also letzten Endes in unserer neuen demokratischen Ordnung begründet. Das ist eine Besonderheit unseres diesjährigen Haushaltsplanes.

Meine Damen und Herren, wie die Präambel des Gesetzes über den Haushaltsplan 1950 klar und eindeutig zum Ausdruck bringt, ist der Haushaltsplan ein wesentlicher Bestandteil des Volkswirtschaftsplanes. Das bedeutet eine enge Verzahnung zwischen Wirtschafts- und Haushaltsplan. Während in den kapitalistischen Ländern die Zuständigkeit der Finanzminister sich keinesfalls auf die Wirtschaft erstreckt, sondern die Monopole und die Banken über die Wirtschaft bestimmen, bestimmt in unserer Deutschen Demokratischen Republik die Wirtschafts- und Finanzplanung über die Volkswirtschaft. Auch eine losgelöste Finanzpolitik ist daher in unserer Deutschen Demokratischen Republik nicht mehr möglich. Es gibt nur eine gemeinsame allgemeine Wirtschaftspolitik. In unserer Deutschen Demokratischen Republik gehen wir bewußt grundsätzlich andere Wege als die Länder Westeuropas. Während früher die Finanzen, das heißt die Steuergroschen des Volkes, verwendet wurden, um das Ausbeutungssystem aufrechtzuerhalten, werden diese Mittel heute bei uns mit dem Ziel gelenkt, unsere antifaschistisch-demokratische Ordnung zu ordnen, zu stärken und zu festigen.

Während die Länder Westeuropas, die unter dem Einfluß des USA-Imperialismus stehen, immer mehr in wirtschaftliche und politische Abhängigkeit geraten, werden wir aus eigener Kraft zu einem höheren Lebensstandard gelangen und vor allen Dingen wirtschaftlich und politisch unabhängig sein. Unser gutes Beispiel wird immer mehr die Massen Westdeutschlands mobilisieren und wirkt damit also unmittelbar für die Einheit Deutschlands.

Der wirtschaftliche Aufschwung in unserer Deutschen Demokratischen Republik und die bei der Durchführung des Zweijahrplanes erzielten Erfolge werden unter anderem von der bekannten sowjetischen Zeitung „Iswestija“ in einem ausführlichen Artikel gewürdigt und der wirtschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland gegenübergestellt. Es heißt dort:

Die von der Deutschen Demokratischen Republik im Jahre 1949 errungenen Erfolge und die guten Aussichten auf 1950 sind ein Beitrag des deutschen Volkes zum Kampf gegen die imperialistischen Spalter und geben der großen Bewegung für die Einheit Deutschlands neue Impulse.

Das deutsche Volk darf in seinem Kampf für ein unabhängiges, friedliches und demokratisches Deutschland der Unterstützung durch alle Kämpfer des Friedens gewiß sein.

Meine Damen und Herren! Das ist eine hervorragende Anerkennung unseres bisherigen schweren, aber erfolgreichen Weges. Demgegenüber können die Spalter in Bonn ihre mißliche Lage, in die sie Westdeutschland gebracht haben, nicht mehr beschönigen.

Der Minister für den Marshall-Plan, Blücher, erklärte vor den Mitgliedern des Marshall-Plan-Finanzausschusses in Paris hinsichtlich Westdeutschland ganz offen: „Wir sind in Westdeutschland zum weitaus größten Schuldnerland Europas geworden.“

Die Hamburger Wochenzeitung, das Organ der westdeutschen Schwerindustrie, „Die Zeit“, kommentierte am 19. Januar 1950 diese Lage wie folgt:

Gegenwärtig exportieren wir etwa für 1,2 Milliarden Dollar im Jahr, importieren aber im gleichen Zeitraum für etwa 2,3 Milliarden Dollar. In der D-Mark-Rechnung heißt das, daß wir jährlich für 3,5 Milliarden D-Mark im Ausland pumpen.